

KOALITIONSVERTRAG

Bingen zukunftsfähig gestalten:
Sozial gerecht – klimafreundlich, ökologisch – wirtschaftlich stark

2019 - 2024



KOALITIONSVERTRAG FÜR BINGEN AM RHEIN



Bingen am Rhein, 26. Juli 2019

INHALTSVERZEICHNIS

Präambel	03
Haushaltspolitik	03
Zusammenarbeit der Partner	03
Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Wirtschaft	05
Rhein-Nahe-Eck-Anbindung	05
Wohnen	05
Innenstadtentwicklung	06
Sauberkeit und Sicherheit	06
Stadtteilkerne, Quartiersentwicklung, Innenentwicklung	07
Wirtschaftsförderung und Technologiepark	07
Baugebietsentwicklung	07
Breitbandausbau und Digitalisierung	08
Gewerbegebiete	08
Städtischer Haushalt	09
Verwaltungsentwicklung	09
Klimaschutz, Energie, Umwelt & Landwirtschaft	10
Klimaschutzmanagement	10
Energie	10
Wald	11
Wasseraufbereitung	11
Landwirtschaft, Weinbau	11
Tierschutz	11
Fair und ökologisch handeln	12
Familie, Bildung, Soziales, Jugend und Kinder	13
Kita, Schulen, Ganztagesbetreuung, Ernährung	13
Ferienbetreuung	13
Familienzeit	13
Familien- / Sozialpass	14
Familienzentrum	14
RS+ Am Scharlachberg	14
Jugendbeteiligung	14
Jugendkultur	14
Inklusion	15
Integration	15
Pflege und Tagespflege	15
Ehrenamt	16
Senioren und Demografie	16

Mobilität	17
ÖPNV	17
Infrastruktur	17
Radverkehr	18
Parken und Parkraumbewirtschaftung	18
Sharing Angebote	18
Verkehrslärm	19
Tourismus und Kultur	20
Tourismus	20
Hildegard von Bingen	20
Weintourismus	20
Bundesgartenschau	21
Wohnmobil-Stellplätze	21
Naherholung und sanfter Tourismus	21
Kultur	21
Europa	22
Unterschriften	23
Impressum	24

Präambel

Die Parteien und Fraktionen von SPD, Bündnis'90/Die Grünen und FDP haben sich darauf verständigt, während der Wahlperiode 2019-2024 in vertrauensvoller und enger Zusammenarbeit die in diesem Vertrag festgelegten Ziele zu erreichen. Sie schaffen so die Rahmenbedingungen, dass alle Beschlüsse im Stadtrat und seinen Ausschüssen gemeinsam und geschlossen herbeigeführt werden können. Ziel dieses Vertrages ist es, wichtige und zukunftsweisende Entscheidungen und Leitlinien für das zukünftige gemeinsame Handeln zu benennen und herbeizuführen. Die Koalitionspartner werden dabei Anstrengungen unternehmen, andere Fraktionen einzubinden und die Bevölkerung der Stadt zu beteiligen.

Haushaltspolitik

Bisher hat sich Bingen seine Handlungsfähigkeit im finanziellen Bereich erhalten können. Wichtige Bauprojekte und die Stadtentwicklung werden zurzeit vorangetrieben oder befinden sich im Planungs- und Entscheidungsstadium. Die zukünftige Herausforderung wird sein, vor dem Hintergrund der kommunal nicht in allen Belangen absehbaren und schwankenden Einnahmesituation, sich in der Zukunft finanzielle Handlungsspielräume zu bewahren. Wir müssen unser politisches Handeln nach dem ausrichten, was der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt entspricht und uns gleichzeitig in die Lage versetzt, aufgenommene Kredite zu bedienen.

Zusammenarbeit der Partner

Die Partner vereinbaren, dass die Koalitionsfraktionen im Stadtrat und in allen von ihnen besetzten Gremien nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmen. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der in diesem Vertrag vereinbarten Ziele und Politikfelder sind. Über das Verfahren und die Arbeit im Stadtrat wird Einvernehmen zwischen den Koalitionsfraktionen hergestellt. Anträge, Initiativen und Anfragen auf Fraktionsebene werden gemeinsam oder im Ausnahmefall im gegenseitigen Einvernehmen eingebracht. Für grundsätzliche Fragestellungen und zur Festlegung und Weiterentwicklung der politischen Leitlinien wird ein Koalitionsausschuss eingerichtet.

Die Koalitionsfraktionen treffen folgende Vereinbarung für die Besetzung der Stadtspitze:

Die zahlreichen Aufgaben und Projekte, die in diesem Koalitionsvertrag vereinbart sind, müssen unter großem Einsatz der Stadtspitze umgesetzt werden. Deshalb werden wir, soweit es uns möglich ist, die Voraussetzungen für die Umsetzung unserer Ziele auch personell schaffen.

Bis zur Oberbürgermeisterwahl gilt daher folgende Vereinbarung:

Die Hauptsatzung wird geändert. Die Stadtspitze wird um einen zusätzlichen ehrenamtlichen Beigeordneten mit Geschäftsbereich und einen zusätzlichen ehrenamtlichen Beigeordneten ohne Geschäftsbereich ergänzt.

Dabei wählen die Koalitionsfraktionen den Kandidaten der SPD für den 1. ehrenamtlichen Beigeordneten mit Geschäftsbereich, den Kandidaten von Bündnis90/Die Grünen für den 2. ehrenamtlichen Beigeordneten mit Geschäftsbereich und den Kandidaten der FDP für den 3. Beigeordneten ohne Geschäftsbereich.

Die SPD soll dabei die Geschäftsbereiche Soziales, bezahlbarer Wohnraum, Jugend, Tourismus, Kultur und Sport führen.

Bündnis90/Die Grünen sollen dabei die Geschäftsbereiche Klimaschutz und Energie, Umwelt, Mobilität, Landwirtschaft, Forsten und Weinbau führen.

Abhängig vom Ausgang der Oberbürgermeisterwahl wird weiterhin für die Neuwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters folgende Vereinbarung getroffen:

Wird der Oberbürgermeister von der SPD gestellt, wählen die Koalitionsfraktionen den Kandidaten von Bündnis90/Die Grünen zum hauptamtlichen Bürgermeister. Wird der OB von Bündnis90/Die Grünen gestellt, wählen die Koalitionsfraktionen den Kandidaten der SPD zum hauptamtlichen Bürgermeister. Die SPD stellt sodann weiterhin den 1. ehrenamtlichen Beigeordneten mit Geschäftsbereich und die FDP soll den 2. Beigeordneten, statt wie bis dahin den 3. Beigeordneten stellen. Das Amt des 3. ehrenamtlichen Beigeordneten soll in diesem Falle aus der Hauptsatzung gestrichen werden.

Wird der Oberbürgermeister nicht von SPD oder Bündnis90/Die Grünen gestellt, wählen die Koalitionsfraktionen den Kandidaten der SPD zum hauptamtlichen Bürgermeister, den Kandidaten von Bündnis90/Die Grünen zum 1. ehrenamtlichen Beigeordneten mit Geschäftsbereich und die FDP soll den 2. Beigeordneten, statt wie bis dahin den 3. Beigeordneten stellen. Das Amt des 3. ehrenamtlichen Beigeordneten soll in diesem Falle aus der Hauptsatzung gestrichen werden.

Generell gilt:

Auf Verlangen der FDP-Fraktion wird der ehrenamtliche Beigeordnete ohne Geschäftsbereich zu einem ehrenamtlichen Beigeordneten mit Geschäftsbereich aufgewertet.

Sollten im Stadtvorstand nicht die Voraussetzungen für eine konstruktive Umsetzung der Ziele des Koalitionsvertrages gegeben sein, behalten sich die Koalitionsfraktionen vor, über die Aufwertung des 1. ehrenamtlichen Beigeordneten zum hauptamtlichen Beigeordneten zu entscheiden.

Die Koalitionsfraktionen treffen darüber hinaus folgende Vereinbarung zu den Ausschüssen:

Um die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat abzubilden, wird die Zahl der Ausschussmitglieder in der Hauptsatzung von 15 auf 16 Mitglieder erhöht.

Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen, Wirtschaft

Rhein-Nahe-Eck-Anbindung

Die Koalitionsfraktionen kommen überein, dass über die Frage ob das Rhein-Nahe-Eck über eine Straßenverbindung im Bereich der Gerbhausstr. kreuzungsfrei angebunden werden soll, eine Bürgerbefragung durchgeführt wird. Diese hält sich an die Bedingungen, die in der Gemeindeordnung festgelegt sind und soll zusammen mit der Wahl des Oberbürgermeisters am 10.11.2019 stattfinden.

Die Partner sind sich einig, dass, sollten die Bürger eine Anbindung ablehnen, auf dem Areal Gerbhausplatz ein zentraler Parkplatz mit zwei Ebenen entstehen soll. Die innerstädtischen Parkflächen (z. B. Burggässchen, Fr.-Ebert-Platz oder Puricelli-Platz) sowie die Parkflächen Fruchtmarkt könnten einer anderen Nutzung (u. a. Freiflächen oder Nachverdichtung) zugeführt werden. Hierfür werden Ideenwettbewerbe ausgeschrieben. Zudem ist auf den Hauptachsen zwischen Kreisel Hospitalstraße (Vorstadt) und entlang der Stefan-George-Straße bis zur Drususbrücke die Anlage bzw. die Fortführung von Schutzstreifen für den Radverkehr zu ermöglichen. Ziel ist ein durchgehender abgegrenzter Bereich bis Büdesheim.

Im Falle dessen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich in der Befragung für den Trog aussprechen, wird die Möglichkeit einer Überbauung geprüft, die mindestens 150 neue Parkplätze schafft. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwiefern die o. g. städtebaulichen Ziele auch in diesem Falle umgesetzt werden können. Für die Planung soll ein Ideenwettbewerb stattfinden. Die Überbauung soll die umliegende Bebauung in der Höhe nicht übersteigen und von einem Privatinvestor geplant, durchgeführt und bewirtschaftet werden. Die Parkplätze, die dabei geschaffen werden sollen, dürfen in der Preisstruktur die städtischen Parkpreise nicht übersteigen.

Wohnen

Der städtische Wohnbesitz wird neu geregelt. Hierzu werden die städtischen Wohnungen in ein kommunales Wohnungsbauunternehmen überführt. Dabei wird prioritär eine Zusammenarbeit mit einer bestehenden oder einer noch zu gründenden Wohnbaugesellschaft angestrebt, d.h.:

- mit Wohnraum bebaubare städtische Flächen werden eingebracht; dies ist jeweils im Einzelfall zu entscheiden.
- der bei der Gartenstadt-Gesellschaft bzw. der EGB vorhandene Gewinn wird, abzüglich des an die Stadtwerke zurück zu zahlenden Darlehns, in das Unternehmen eingebracht mit der Maßgabe, hierfür Wohnraum in Bingen zu schaffen.
- das Unternehmen soll die Umsetzung von städtebaulichen Maßnahmen in der Stadt und den Stadtteilen unterstützen.

Ziel ist es,

- den Anteil von Wohnraum für kleinere und mittlere Einkommen zu steigern,
- Wohnmodelle für besondere Zielgruppen zu schaffen wie z.B. generationenübergreifendes Wohnen und Inklusion,
- Konzepte für den Umgang mit den Sanierungsbeständen zu finden,
- neue Strategien im Umgang mit Grundstücken erproben und eine ganzheitliche Quartiersentwicklung zu unterstützen.

Die Koalition handelt nach dem Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung und wird in Zukunft mithilfe von Bebauungsplänen verstärkt eine Nachverdichtung ermöglichen, Baulücken schließen und die Quartiersentwicklung stärken und so Potenziale zur Schaffung von mehr und besserem Wohnraum erschließen. Dabei werden im Einzelfall vermehrt Vorkaufsrechte gezogen, sofern Grundstücke bzw. Gebäude einer anderen Weiterentwicklung zugeführt werden können.

Man ist sich einig, dass auch neue Wohnformen (generationenübergreifend, genossenschaftlich organisierte Wohnformen etc.) und partizipatorische Planungsansätze in den Blick genommen werden und hierfür Konzeptausschreibungen erfolgen.

Innenstadtentwicklung

Die Belebung der Innenstadt ist erklärtes Ziel. Daher soll die gastronomische und gewerbliche Nutzung angemessener Außenflächen in der Innenstadt kostenfrei sein.

Um Leerständen besser entgegen zu wirken, muss ein Leerstandskataster gepflegt werden und online zur Verfügung stehen.

Die Innenentwicklung der Bebauung soll vorangetrieben werden und Parkplatzsuchverkehre durch eine Konzentration und Neuordnung der Parkplätze vermieden werden. Im unmittelbaren Innenstadtbereich sollen Rad- und Fußwege vorrangig vor dem PKW-Verkehr ausgebaut werden.

Sauberkeit und Sicherheit

Im Sinne einer sauberen und sicheren Stadt muss die Gefahrenabwehrverordnung konsequent umgesetzt werden und der Vollzug seitens des Ordnungsamtes gewährleistet sein. Dies gilt auch ausdrücklich für die Freizeitbereiche, insbesondere den Trimm-Dich-Platz.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt, Polizei und Gewerbe muss gewährleistet sein.

Zudem setzen die Koalitionsfraktionen statt auf reine Verdrängungsmechanismen auf die Vermittlung sozialer Hilfestellungen.

Stadtteilkern, Quartiersentwicklung, Innenentwicklung

Die innerstädtischen Bereiche und die Stadtteilkern dürfen nicht veröden. Hierfür gilt es, Förderprogramme zu entwickeln, mit denen gezielt darauf hingearbeitet werden kann, Altbestände zu sanieren bzw. Areale unter Nutzung des gesamten städtebaulichen Instrumentariums neu zu ordnen. Der im Stadtrat bzw. im Planungsausschuss bereits vereinbarte Beschluss muss beschleunigt umgesetzt werden.

Eine Gebäude- und Flächenbestandsaufnahme ist durchzuführen, um auch hier Potenziale zu erkennen. Die Eigentümer sind verstärkt direkt anzusprechen, um mögliche Veränderungen zu beschleunigen.

Wirtschaftsförderung und Technologiepark

Es besteht Einigkeit, dass es für die Stadt Bingen sowohl was die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen als auch bezüglich attraktiver Arbeitsplätze wichtig ist, neue Gewerbebetriebe anzusiedeln und die Zusammensetzung des Gewerbes zu diversifizieren. Diese Ansiedlung soll nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit erfolgen. Hierfür werden die rechtlichen Möglichkeiten von Wirtschaftsförderung ausgeschöpft. Die Akquise von Gewerbebetrieben muss verstärkt betrieben werden.

Das Potenzial der TH muss ausgeschöpft und eine stärkere Verknüpfung mit der vorhandenen gewerblichen Wirtschaft angestrebt werden. Hierfür wird die Errichtung eines Technologieparks / Gründerzentrums möglichst in Zusammenarbeit mit bereits vorhandenen Betrieben angestrebt und unterstützt. Es gilt, den an der TH Studierenden die Möglichkeit zu eröffnen, nach dem Studium in Bingen leben zu können und berufliche Perspektiven vor Ort zu bieten.

Baugebietsentwicklung

Der bereits beschlossene Flächennutzungsplan (ca. 30 ha) wird so schnell wie möglich umgesetzt. Ziel ist eine zügige Bereitstellung von neuen Baugebieten. In den B-Plänen wird Wert darauf gelegt, dass

- die Planung einer Prüfung unterzogen wird, um die Potentiale für den Klimaschutz zu nutzen. Der Primärenergieverbrauch für Wohnen und Leben soll auf ein möglichst niedriges Niveau sinken und nach Möglichkeit einen Energieüberschuss erreichen, indem z. B. der Zuschnitt und die Firstrichtung sowie die Dachneigung für den Einbau von Solarenergieanlagen optimiert werden.
- die baulichen Voraussetzungen zur Nutzung solarer Energie verbindlich festgesetzt werden
- Co2 -neutraler Energieerzeugung Vorrang eingeräumt wird.
- klimaneutraler Verkehr gestärkt wird, z. B. durch eine Anbindung an den ÖPNV und eine Gestaltung der Verkehrswege, die klimaneutrale Verkehre fördert.

- vermehrt Geschosswohnungsbau möglich gemacht wird.
- in Geschosswohnbauten leicht zugängliche Abstellräume für Fahrräder vorgesehen werden.
- im Geschosswohnungsbau die Voraussetzungen für Ladeinfrastruktur geschaffen werden.
- Barrierefreiheit empfohlen wird.
- im Bereich des öffentlichen Raums Verkehrswege barrierefrei ausgebaut werden.
- die Ausweisung von Bereichen als Mischgebiet geprüft und ggf. festgelegt wird, um eine wohnortnahe Versorgung zu ermöglichen.
- die Grundstücksgrößen und -zuschnitte für eine höhere Besiedlungsdichte optimiert werden.

Breitbandausbau und Digitalisierung

Es besteht Einigkeit, dass der Breitbandausbau mit Glasfasernetz beschleunigt in Angriff zu nehmen ist. Mit dem Kreis Mainz-Bingen wird Kontakt aufgenommen, um vorhandene bzw. zukünftige Fördermöglichkeiten auszuschöpfen. Es gilt, Bingen für die digitale Zukunft fit zu machen. Hierfür müssen auch sogenannte „graue Flecken“, d.h. Gebiete mit einer unterdurchschnittlichen Netzgeschwindigkeit verschwinden.

Bei allen Straßenneu- bzw. ausbauten werden Leerrohre für Glasfaserkabelhausanschlüsse (FTTH) fachgerecht eingebaut.

Bingen wird sich am Projekt „digitale Stadt“, das in Kaiserlautern entwickelt wird und ab 2020 für alle Kommunen zugänglich ist, beteiligen.

In Bingen werden mehr öffentlich zugängliche WLAN-Hotspots installiert.

Eine Bürger-APP wird auf den Weg gebracht.

Die Digitalisierung der Verwaltung wird sukzessive vorangetrieben.

Das digitale Bürgerbüro wird schnellstmöglich angeboten.

Gewerbegebiete

Das Gewerbegebiet Sponsheim/Grolsheim wird erweitert (arrondiert). Hierbei wird Wert darauf gelegt, dass die Akquise von Unternehmen aktiv betrieben wird, d.h. die Stadt muss auf potenzielle Gewerbetreibende zugehen, um für Bingen als Standort werben.

Bei der Ausgestaltung des Gebietes muss auf hohe Qualität der entstehenden Arbeitsplätze sowie auf Nachhaltigkeit der Ansiedlung geachtet werden. Eine enge Verknüpfung mit der TH und den dort angebotenen Studiengängen soll angestrebt werden.

Städtischer Haushalt

Man ist sich einig, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen die Verschuldung der Stadt verstärkt in den Blick genommen wird. Dabei sind die jeweilige Einnahmesituation, mögliche Einsparpotenziale sowie die beabsichtigten konkreten Maßnahmen zu berücksichtigen und deren Dringlichkeit zu bewerten. Es muss versucht werden, eine Balance zwischen Investitionen, Aufgaben und tragbarer Verschuldung zu finden.

Auch die Vergabepraxis der Stadt Bingen wird auf den Prüfstand gestellt. Stichwort Servicebetrieb. Ziel muss es sein, mehr Haushaltsdisziplin durch sinnvolles Controlling zu erreichen.

Verwaltungsentwicklung

Die Umstrukturierung des Garten- und Friedhofamtes sowie des Bauhofes zu einem Servicebetrieb soll konsequent vorangebracht werden. Dabei sollen die Mitarbeiter*innen mit eingebunden werden.

Insourcing von Verwaltungsaufgaben, die aktuell fremdvergeben werden, sollen konsequent überprüft werden. Die Koalitionsfraktionen streben hierbei Qualitätssteigerungen und Einsparungen an.

Klimaschutz, Energie, Umwelt & Landwirtschaft

Klimaschutzmanagement

Die Koalitionsfraktionen verpflichten sich, geeignete Maßnahmen zum Schutze des Klimas bzw. zur Klimaanpassung zu ergreifen. Alle Projekte und Maßnahmen der Stadt Bingen sollen vor ihren Entscheidungen daher in der Planungs- bzw. Projektierungsphase eine Klimaschutzprüfung durchlaufen. In die Klimaschutzprüfung sollen alle an der Maßnahme beteiligten städtischen Ämter und zentral die Stelle des Klimaschutzmanagements eingebunden werden.

Ziel ist es, die Verwaltung so umzustrukturieren, dass die Abteilungen Klimaschutz und Umwelt zusammengelegt werden. Hierbei sollen personelle Ressourcen zusammengeführt und ausgebaut werden. Die Stelle des Klimaschutzmanagements soll darüber hinaus als Querschnittsaufgabe verstanden werden, die auch in Entscheidungen anderer Abteilungen mit eingebunden wird.

An den Zielen des Binger Klimaschutzkonzeptes von 2012 zur Erreichung der 50% Einsparung im Jahr 2030 halten wir fest.

Energie

Private Investitionen, die Energieeinsparungen, regenerative Energieerzeugung und die Energieeffizienz fördern, sollen durch städtische Fördermittel unterstützt werden. Investitionen in Energiespeicherung, regenerative Energien, Kraftwärmekopplung oder der Anschluss an das Nahwärmenetz sollen gefördert werden. Innovative Modellprojekte sollen ebenfalls durch das Förderprogramm finanziert werden können. Hierbei sind auch Projekte förderfähig, die in Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule entwickelt werden. Näheres wird in einem anzulegenden Förderprogramm geregelt.

Die Aufgaben der Binger Netz GmbH sollen dahingehend erweitert werden, dass sie über die Verwaltungs- und Unterhaltungsaufgaben der Netze hinaus auch im operativen Bereich die Energievermarktung, Energieerzeugung und das Energiemanagement beinhalten.

Der Anteil von Ökostrom am Stromverbrauch der städtischen Liegenschaften und Einrichtungen soll mit einer Quote von 100% erhalten bleiben.

Wald

An der Kommunalisierung des Forstbetriebes und der naturnahen und nachhaltigen Waldwirtschaft soll festgehalten werden. Um den Binger Wald ökologisch zukunftsfähig zu gestalten, soll der Waldumbau vorangetrieben werden. Hierbei sollen neben der Waldbewirtschaftung auch die touristischen Aspekte und die Naherholung berücksichtigt werden.

Wasseraufbereitung

Es soll eine Wasseraufbereitungsanlage installiert werden, die das städtische Trinkwasser aufbereitet und die Wasserhärte und die Nitratwerte senkt. Wir streben hierbei Kostenneutralität für den Endverbraucher an. Unser Ziel: Trinkwasser soll wieder mehr in Binger Brunnen gewonnen werden.

Landwirtschaft, Weinbau

Die Einhaltung der guten fachlichen Praxis im Wein- und Ackerbau und die Förderung von naturnahen und biologischen Entwicklungen im Anbau ist unser Ziel. Die Stärkung des pflanzenschutzmittelarmen Weinbaus sowie der schonende Einsatz von Düngemitteln entlasten Binger Böden und das Grundwasser: Modellprojekte in diese Richtung wollen wir fördern.

Die langfristige Reduzierung des Nitratgehalts soll im Rahmen der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie mit Landesmitteln aus dem Förderprogramm „Gewässer schonende Landwirtschaft“ gefördert werden.

Tierschutz

Die Planungen für den Neubau eines regionalen Tierheims im Gewerbepark Bingen-Grolsheim sollen weiterhin unterstützt werden.

Fair und ökologisch handeln

Die Ziele der Fair Trade-Stadt Bingen unterstützen wir und werden die Projekte in diesem Rahmen fördern (z.B. Becher to go-initiative). Die Initiative zum Lebensmittelanbau in Stadtgärten („Essbare Stadt“) wollen wir fördern.

Familie, Bildung, Soziales, Jugend und Kinder

Kita, Schulen, Ganztagesbetreuung, Ernährung

Dem Fehlbedarf an Kita-Plätzen, der sich aus dem Kindertagesstättenbedarfsplan ergibt, muss entgegengewirkt werden. Hierzu soll eine neue zusätzliche Kita in der Innenstadt errichtet werden.

Die Ganztagsbetreuung an Grundschulen soll fachlich qualifiziert sichergestellt werden. Darüber hinaus sollen bedarfsgerecht Horte gegründet werden. Der Elternwille wird hierbei berücksichtigt.

Das Mittagessen in der Ganztagsbetreuung soll gesund, regional, ausgewogen und frisch zubereitet werden. Die Verwendung biologisch erzeugter Produkte wird angestrebt. Ziel ist es, in allen Einrichtungen ein warmes Mittagessen anzubieten.

Alle Grundschulen sollen erhalten bleiben. Eine zeitgemäße Ausstattung ist zu gewährleisten.

Ferienbetreuung

Die Ferienbetreuung soll ausgebaut und weiterentwickelt werden. Notwendige Betreuungszeiten sind verlässlich zu regeln. Hierbei sollen auch Ganztagesangebote geschaffen werden, die eine Mittagsverpflegung beinhalten.

Familienzeit

Die Zusammenführung der Öffnungszeiten von Schulen und Kindertagesstätten soll forciert werden. Auch die Flexibilisierung der Kita-Öffnungszeiten und der Horte soll überprüft werden. Die Öffnungszeiten der Verwaltung sollen sich an den Bedürfnissen von Familien orientieren. Verwaltungsgänge sollen, wenn möglich, digitalisiert werden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch entsprechende Programme und Initiativen unterstützt werden.

Familien- / Sozialpass

Es soll ein Familien- bzw. Sozialpass eingeführt werden, der allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Familienzentrum

Die Errichtung des Familienzentrums in Bingerbrück wird begrüßt. Es soll weiterentwickelt werden und die Angebote Bürger*innen aus allen Stadtteilen zur Verfügung stehen.

RS+ Am Scharlachberg

Es wird angestrebt, die Trägerschaft der Realschule plus am Scharlachberg an den Landkreis Mainz-Bingen zu übergeben. Sie soll zudem zu einer Integrierten Gesamtschule in Trägerschaft des Kreises weiterentwickelt werden.

Jugendbeteiligung

Es soll eine Jugendvertretung gegründet werden, die sich mit allen Themen befassen kann, die Jugendliche für sich für wichtig erachten. Die Bezeichnung der Jugendvertretung und die Arbeitsweise sollen von den Jugendlichen selbst bestimmt werden. Der Jugendvertretung soll zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein Budget zur Verfügung gestellt werden. Weiterhin soll dem Gremium Antrags- und Rederecht im Stadtrat und in den Ausschüssen eingeräumt werden.

Jugendkultur

Es soll geprüft werden, inwieweit städtische Hallen für jugendkulturelle Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden können. Weiterhin soll überprüft werden, inwiefern die Stadt die Veranstalter*innen jugendkultureller Veranstaltungen bei dem Abschluss von Versicherungen unterstützen kann.

Verschiedene Modelle von Jugendtaxis sollen überprüft werden. Es soll weiterhin überprüft werden, welches Modell für Bingen in Frage käme.

Es sollen weitere Graffiti freiflächen (Unterführung Stadtbahnhof, Unterführung am Rheinkai, sowie eine neu zu schaffende Fläche am „Pumpenhaus“) zur Verfügung gestellt werden.

Bei städtisch organisierten Festen soll Jugendkultur adäquat mit eingebunden werden.

Jugendlichen soll die Möglichkeit gegeben werden, in Musikproberäumen zu proben. Hierzu soll überprüft werden, welche städtischen Räumlichkeiten hierfür nutzbar sind.

Inklusion

Wir setzen uns für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in allen Lebensbereichen ein.

Die Partner begrüßen die Schaffung der integrativen Kindertagesstätte „Farbenfroh“ und die Schwerpunktschule in Büdesheim und setzen sich bei Bedarf für weitere Angebote ein.

Das Internetangebot und Publikationen der Stadt sollen barrierefrei sein (z. B. Vorlesefunktion, größere Schriften, leichte Sprache usw.).

Wir achten weiterhin auf die Barrierefreiheit von Straßen, öffentlichen Flächen, Gebäuden und dem ÖPNV.

Integrationsbetriebe sollen initiiert und unterstützt werden und behinderten Menschen gleichberechtigte wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

Integration

Das Integrationskonzept soll weiterentwickelt und der Integrationsbeirat in seiner Arbeit weiter unterstützt werden. Die Verwaltungsstrukturen sollen so aufgestellt werden, dass die Integrationsarbeit in den Einrichtungen und Vereinen, die Arbeit der ehrenamtlich Aktiven und die direkte Unterstützung von zugewanderten Menschen und Familien auf hohem Niveau fortgesetzt werden kann. Sprachförderung und weitere Angebote, die den Integrationsprozess unterstützen, sollen weiterhin angeboten und gefördert werden.

Pflege und Tagespflege

Wir unterstützen den Ausbau der Tagespflege, niedrigschwelliger Betreuungsangebote sowie Initiativen hauswirtschaftlicher Dienstleistungen, um pflegende Familienangehörige zu entlasten.

Ehrenamt

Das Ehrenamt in Bingen soll weiter gefördert werden. Die Ehrenamtsbörse soll hierzu fortgeführt und weiterentwickelt werden. Ebenso soll die Ehrenamtskarte fortgeführt und auf weitere Ehrenamtliche ausgeweitet werden. Die Angebote der Ehrenamtskarte sollen weiterentwickelt werden. Die Funktion des/der Ehrenamtsbeauftragten soll hierzu weiterhin bestehen.

Senioren und Demografie

Wir achten auf alle Bürgerinnen und Bürger. Mit einem Demografiecheck wollen wir dazu beitragen, dass Bingen auch künftig für alle Altersgruppen lebenswert ist.

Dabei orientieren wir uns am Demografieatlas und den Empfehlungen der „Enquetekommission demografischer Wandel“ des Landkreises Mainz-Bingen.

Mobilität

ÖPNV

An dem beschlossenen ÖPNV Übergangskonzept wird zunächst festgehalten. Zur Vorbereitung der Einführung des neuen Regionalkonzepts im Jahr 2022, wird vereinbart, dass die Angebote in Bingen in der Angebotsqualität an das Regionalkonzept angepasst werden sollen. Hier geht es insbesondere um eine Taktverdichtung. Dabei betrachten wir insbesondere die Linie 601 und die Citylinie. Wir wollen außerdem eine bessere Anbindung des Stadtteils Bingerbrück erreichen. Die Bahnhöfe sollen hinsichtlich der Sauberkeit und Barrierefreiheit verbessert werden.

Wir werden geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Stadtwerke zu stärken und das Absinken der Eigenkapitalquote zu stoppen.

Ziel ist, dass die Busse der Binger Stadtwerke langfristig emissionsfrei fahren. Da dies mit den derzeit verfügbaren Fahrzeugen und bei der Struktur des Binger ÖPNV noch nicht uneingeschränkt möglich ist, werden wir bei Busanschaffungen alternative Brückentechnologien berücksichtigen.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden wir die Möglichkeit eines Job-Tickets schaffen und anderen Institutionen und Firmen in Bingen die Möglichkeit eröffnen, ebenfalls in das Angebot einzusteigen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung wollen wir die Möglichkeit des Dienstradleasings eröffnen.

Infrastruktur

Wir sorgen auf Basis des Straßenkatasters für eine, auch für die Betroffenen, nachvollziehbare Sanierungsplanung öffentlicher Verkehrsanlagen. Dies schließt auch ein stärkeres Engagement bei Erhaltungsmaßnahmen, gegebenenfalls auch durch den eigenen Servicebetrieb, ein. Wir werden zudem dafür sorgen, dass Baumaßnahmen Dritter stärker kontrolliert werden, um vermeidbare Schäden und damit Kosten für Stadt und Anwohner auszuschließen.

Bei Sanierungen betrachten wir die Planung für alle wesentlichen Verkehre (Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV und KFZ) als gleichberechtigt. Dabei werden wir auch potenzielle Standorte für Ladestationen für E-Bikes und E-Autos berücksichtigen und mit vorbereitenden Maßnahmen Standorte für Betreiber attraktiv machen. Für Elektroautos werden wir an Ladestationen kostenloses Parken ermöglichen. Das Netz der Ladestationen wollen wir zeitnah ausbauen. Beim Betrieb setzen wir auf externe Anbieter.

Die Verwaltungsflotte werden wir zeitnah Emissionsfrei umbauen.

Radverkehr

Wir wollen den Radverkehr in Bingen stärken und den Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen signifikant erhöhen. Über Radwege und Schutzstreifen soll ein durchgängiges Wegenetz für Radfahrer geschaffen werden. Das Radroutennetz ist bereits im Mobilitätskonzept angelegt. Wo Radwege und Schutzstreifen nicht möglich sind, setzen wir auf andere Möglichkeiten, wie beispielsweise Straßenmarkierungen, um die Rücksicht auf Radfahrer zu fördern.

Wir werden Mobilitätsstationen an den Knotenpunkten des Radverkehrs mit dem ÖPNV oder dem PKW-Verkehr schaffen, um die Vernetzung der Verkehrsträger zu fördern. Für das bereits ausgearbeitete Konzept zu den 5 Stationen werden wir uns um neue Fördermöglichkeiten bemühen, um eine Umsetzung wie geplant zu erreichen.

Parken und Parkraumbewirtschaftung

Wir streben die Zentralisierung und effektivere Nutzung der vorhandenen Parkplätze für die Innenstadt an. Wir verbessern die Auffindbarkeit von Parkplätzen, reduzieren Suchverkehre und schaffen uns an anderer Stelle Freiheiten zur Stadtentwicklung.

In diesem Zuge werden wir ein Parkleitsystem schaffen, das den Suchenden klar anzeigt, auf welchem der zentralen Plätze sich freie Parkplätze befinden.

Für die Anwohner werden wir Anwohnerparkzonen rund um die Innenstadt und in Bingerbrück im angemessenen Gebietszuschnitt einrichten. Die Verwaltungsgebühren hierfür werden wir angemessen halten.

Sharing Angebote

Car Sharing Angebote werden wir durch das Zur Verfügung stellen von geeigneten Flächen fördern. Darüber hinaus wollen wir die Wirtschaftlichkeit der Nutzung von Car-Sharing Angeboten durch die Verwaltung prüfen. Dabei werden wir den Nutzen der Verfügbarkeiten der Fahrzeuge für die Allgemeinheit berücksichtigen.

Wir streben an, dass es in Bingen mittelfristig ein Bike-Sharing Angebot gibt. Dies ist nur in einem regionalen Verbund möglich und sinnvoll.

Verkehrslärm

Verkehrslärm durch die Bahn und durch Luftverkehr ist ein drängendes Problem für die Anwohner und für die Touristenstadt Bingen als Ganzes. Wir unterstützen die Forderung nach einer Alternativtrasse zum Mittelrheintal für Güterzüge und fordern die schnellstmögliche Ausrüstung aller Waggons mit den lärmindernden Verbundbremsen.

Tourismus und Kultur

Tourismus

Die Koalitionsfraktionen werden die Gründung der Tourismus GmbH forcieren. Ziel ist eine sowohl personell als auch finanziell gut aufgestellte Gesellschaft, in der die Stadthallen GmbH aufgeht. Das zu erstellende Tourismuskonzept soll die Tourismusstrategie 2025 des Landes Rheinland-Pfalz mit einbeziehen. Die Vermarktung der Stadthalle muss professionell und marktgerecht erfolgen, Gewerke (Gebäudetechnik, Veranstaltungstechnik) sind regelmäßig auszuschreiben. Vermarktungshemmnisse der Stadthalle und damit verbundene finanzielle Verluste müssen beseitigt und Bingen als Kongress-Standort gestärkt werden. In einem Beirat werden alle touristischen Interessengruppen eingebunden.

Die Öffnungszeiten der Tourist-Information sollen kundenorientierter gestaltet werden. Eine Standortverlegung der Tourist-Information soll mit Blick auf die Belebung der Innenstadt, der Neugestaltung des Bereichs „Fruchtmarkt“ und der Bundesgartenschau unverbindlich geprüft werden.

Gäste bereisen nicht nur Bingen allein, sondern die Region. Daher werden wir unser Angebot noch stärker mit den regionalen Partnern vernetzen und gemeinsame Angebote entwickeln.

Hildegard von Bingen

Das Profil Bingens als Stadt der Hildegard muss geschärft werden. Es gilt den Rupertsberg als ehemalige Stätte des Klosters aufzuwerten und erlebbar zu machen. Das Spektrum der Darstellung Hildegards von Bingen soll neben den bestehenden kulturell hochwertigen Angeboten um stärker touristisch geprägte Facetten erweitert und damit einem breiteren Publikum zugänglich werden. Zudem streben die Fraktionen eine stärkere Kooperation in der touristischen Vermarktung Hildegards mit den Wirkungsstätten Hildegards an.

Weintourismus

Eine Stadt, vier Weinanbaugebiete: Nicht zuletzt dieses Alleinstellungsmerkmal und bundesweit führende Unternehmen in der Weinbranche machen Bingen zur Weinhauptstadt. Daher soll der Weintourismus stärker in den Fokus rücken und konzeptionell neu aufgestellt werden.

Bundesgartenschau

Ziel ist eine enge Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Daher streben die Koalitionsfraktionen einen Ideenwettbewerb an. Die beste von einer Jury zu kürende Idee soll im Rahmen der Bundesgartenschau umgesetzt werden.

Zur Belebung der Innenstadt sollen die Burg Klopp und der Burggraben stärker als touristische Attraktionen herausgestellt werden.

Bingen braucht mehr Übernachtungskapazitäten: Die Fraktionen haben neben der Suche eines weiteren Investors für ein großes Hotel auch die Potenziale privater Zimmervermietung und Ferienwohnungen im Blick.

Verbesserte Schiffsverbindungen zwischen Bingen und Rüdesheim insbesondere in den Rand- und Nachtzeiten sollen schon im Vorfeld der Bundesgartenschau ausgelotet werden. Das Konzept der Wasser-Taxen, wie es die Machbarkeitsstudie zur BuGa vorschlägt, soll sowohl mit Blick auf eine touristische Nutzung als auch für den Alltagsverkehr geprüft werden.

Wohnmobil-Stellplätze

Es sollen weitere kostenpflichtige Wohnmobil-Stellplätze mit der nötigen Infrastruktur am Rhein und ggf. auf dem Rochusberg entstehen.

Naherholung und sanfter Tourismus

Der Trimm-Dich-Platz und der Rochusberg sollen aufgewertet werden. Im Sinne einer sozialen Kontrolle und um das Angebot zu stärken wollen die Fraktionen einen privat betriebenen Verkaufskiosk auf dem Trimm-Dich-Platz etablieren. Zudem soll die Vermietung der städtischen Grillplätze digitalisiert werden. Wald und Flur sind als Naherholungsräume besonders zu schützen. Darüber hinaus wollen wir den Rad- und Wandertourismus weiter fördern.

Kultur

Bingen bietet ein kulturell hochwertiges und facettenreiches Programm. Kleinkunst, kulturelle Initiativen und Vereine sollen weiterhin gefördert werden. Die Kinder- und Jugendkultur soll ausdrücklich gestärkt

werden. Zudem wollen die Fraktionen die Vermarktung der Fastnacht als Kulturgut und touristisches Angebot ausbauen.

Europa

Die Städtepartnerschaften sollen vertieft und gefördert werden. Ziel ist eine engere Kooperation aller Vereine und Institutionen. Mit einem Europafest sollen die Partnerschaften stärker erlebbar werden.

Die Fraktionen fassen die Gründung eines Binger-Europäischen Bürger- und Wirtschaftsrats ins Auge.

Unterschriften

Rouven Winter
Vorsitzender SPD Bingen

Berit Herger & Jens Voll
Vorsitzende B'90/Grüne Bingen

Carsten Schröder
Vorsitzender FDP Bingen

Philipp Staudinger
Vorsitzender SPD Stadtratsfraktion

Roland Böse
Vorsitzender B'90/Grüne Stadtratsfraktion

Peter Eich
Vorsitzender FDP Stadtratsfraktion

Impressum



SPD Stadtverband Bingen am Rhein

Gaustr. 21-23
55411 Bingen

Telefon: 06721 / 159780
E-Mail: kontakt@spd-bingen.de



B'90/DIE GRÜNEN Ortsverband Bingen am Rhein

Mainzer Str. 13
55411 Bingen

Telefon: 06721 / 922080
E-Mail: vorstand@gruene-bingen.de



FDP Bingen am Rhein

Breitestraße 13
55411 Bingen

Telefon: 0171 / 5201502
E-Mail: fdp@carsten-schroeder.net